(2) Der sachliche Geltungsbereich ist im Titel und — soweit erforderlich — in der Titelergänzung festzulegen und eindeutig abzugrenzen.

Dazu gehört die Begrenzung auf

- bestimmte Formen und Ausführungen (z. B. „Sechskantmuttern, Ausführung m“) oder bestimmte Größen der Erzeugnisse (z. B. „Dieselmotoren bis 200 PS“)
- bestimmte Anwendungsbereiche (z. B. „Dieselmotoren bis 200 PS für Hochseeschiffe“ oder „Dieser Standard gilt nicht für die Medizintechnik“).

(3) In Spezialfällen können Einschränkungen und Spezifizierungen des sachlichen Geltungsbereiches auch im Text des Standards erfolgen (z. B. Fußnote an einer Sorte „0 nur zulässig für Hochseeschiffe“).

(4) Eine Begrenzung des sachlichen Geltungsbereiches auf WB oder andere Disziplinarbereiche ist nicht zulässig. Ausnahmen hiervon bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung des Leiters des AfS.

§3

Verbindlichkeitsvermerk

(1) Der Verbindlichkeitsvermerk verbindlich ab ...“ legt fest, ab wann und in welchen Stufen des Reproduktionsprozesses die Umstellung auf die Bedingungen dieses Standards im Rahmen seines Geltungsbereiches abgeschlossen sein muß und Abweichungen davon nur unter den Bedingungen des § 3 Abs. 4 der Standardisierungsverordnung zulässig sind.

(2) Werden im Verbindlichkeitsvermerk keine Angaben zu den Stufen des Reproduktionsprozesses gemacht — „Verbindlich ab...“ ohne Zusätze —, so ist der Standard für alle Stufen des Reproduktionsprozesses (Forschung, Entwicklung, Projektierung, Produktion, Handel, Anwendung usw.) verbindlich, sofern im Grundfall der Anlage zu dieser Durchführungsbestimmung nichts anderes festgelegt ist.

(3) Im Verbindlichkeitsvermerk können differenzierte Termine festgelegt werden für

- bestimmte Stufen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses (z. B. „Verbindlich ab 1. Januar * 1970, für die Neu- und Weiterentwicklung verbindlich ab 1. Januar 1968“)
- bestimmte Teile des Standards (z. B. „Verbindlich ab 1. Januar 1970, für Form A verbindlich ab 1. Januar 1968, Abschnitt Verpackung verbindlich ab 1. Januar 1972“)
- bestimmte Bereiche der Volkswirtschaft (z. B. „Verbindlich ab 1. Januar 1970, für Landmaschinen verbindlich ab 1. Januar 1968, für Hochseeschiffe verbindlich ab 1. Januar 1971“).

(4) Es ist zulässig, neben den im Verbindlichkeitsvermerk enthaltenen Terminen weitere Termine im Text des Standards festzulegen, wenn sich diese Termine lediglich auf einzelne Festlegungen beziehen (z. B. Fußnote an einem Tabellenwert „*) für Neuentwicklungen nicht mehr zulässig ab 1. Januar 1970“) und später als der früheste Termin im Verbindlichkeitsvermerk liegen.

§4

Grad der Verbindlichkeit

(1) Bei der Festlegung des Inhalts eines Standards ist von dem Grundsatz auszugehen, solche Festlegungen in zwingender Form vorzuschreiben, deren Einhaltung zur rationellen Gestaltung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, zur Sicherung und Steigerung der Qualität der Erzeugnisse, zur Gewährleistung der Gesundheit der Menschen und der technischen Sicherheit u. a. erforderlich ist.

(2) Ist in besonderen Fällen dieses gesellschaftliche Interesse an der unbedingten Einhaltung nicht gegeben, so sind die Festlegungen in nicht zwingender Form anzugeben, insbesondere durch Formulierungen wie

- Richtlinie
- Richtwerte
- Zur Anwendung empfohlen
- Andere Werte können vereinbart werden
- Ausdrücke wie „sollen“, „können“ usw.,

von denen unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 4 der Standardisierungsverordnung eigenverantwortlich (ohne Ausnahmegenehmigung) abgewichen werden darf. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, wieweit die Forderungen des Standards mit ökonomischen Hebeln durchgesetzt werden können.

§5

Angaben über die Verbindlichkeit in den Anordnungen über Standards

(1) In die Anordnungen über Standards sind in bezug auf die Verbindlichkeit aufzunehmen:

- der Titel ohne Titelergänzung
- der gesamte Verbindlichkeitsvermerk.

(2) Im Text des Standards enthaltene weitere Angaben zum sachlichen Geltungsbereich, zum Verbindlichkeitsvermerk und zum Grad der Verbindlichkeit sind nicht in die Anordnung aufzunehmen.

§6

Schlußbestimmungen

(1) Die in der Anlage zu dieser Durchführungsbestimmung definierten Musterbeispiele sind für die Auslegung von DDR- und Fachbereichstandards verbindlich. Für die Auslegung der Verbindlichkeit anderer Varianten gelten die Musterbeispiele sinngemäß.

(2) Diese Durchführungsbestimmung tritt am 1. Oktober 1968 in Kraft.

Berlin, den 11. September 1968

Der Leiter
des Amtes für Standardisierung
beim Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik

G ö r b i n g